

Welch eine komfortable Situation: Während andere Städte - auch im Münsterland - sich nach der Decke strecken müssen, kann Lüdinghausen für das Jahr 2013 mit Planzahlen aufwarten, die jeden Kämmerer in Verzücken setzen und die Grunderfordernisse solider Haushaltsführung erfüllen.

1. Keine Nettoneuverschuldung, d.h. die Verwaltungsaufgaben und Investitionsvorhaben unserer Stadt werden aus erzielten Einnahmen und den zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln finanziert. Auch wenn „Schulden-machen“ derzeit so günstig wie nie ist, jeder Euro neuer Schulden schränkt die finanzpolitischen Möglichkeiten der kommenden Jahre und zukünftiger Generationen ein. Diesbezüglich knüpft der neue Haushalt an die Erfolgsgeschichte der vergangenen Jahre an. Die Ausgaben werden auch in diesem Jahr durch die Einnahmen gedeckt.
2. Hingegen gelingt es bei der Haushaltsplanung in diesem Jahr erstmals seit langer Zeit auch Aufwand und Ertrag ins Gleichgewicht zu bringen. *Das bedeutet verkürzt gesagt, dass das Eigenkapital der Stadt, so wie es in der Bilanz abgebildet wird, nicht angetastet sondern in Gänze erhalten bleibt.* Das aber ist und war immer unsere politische Zielgröße, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, denn ein dauerhaftes Ungleichgewicht führt zwangsläufig in die Haushaltssicherung verbunden mit dem Verlust der kommunalen Eigenständigkeit. So gesehen stellt dieser Haushalt einen gewichtigen Schritt zur Sicherung unserer politischen Handlungsfähigkeit dar.
3. Die mit der Eröffnungsbilanz im Jahre 2008 gebildete Ausgleichsrücklage steht praktisch noch in voller Höhe zur Verfügung. Das bedeutet, dass immer wieder mögliche, finanzielle Rückschläge insbesondere auf der Einnahmeseite auch in den kommenden Jahren durch Griff in diese Ausgleichsrücklage abgefedert werden können.

Meine Damen und Herren, wenn uns jemand zu Beginn der Wahlperiode gefragt hätte, was wollt Ihr als FDP zusammen mit der CDU in der Koalition haushaltspolitisch erreichen, so hätte ich die Zielvorstellung nicht besser formulieren können als wie sie sich in der Struktur dieses Haushalts widerspiegelt. Nun will ich ja gar nicht behaupten, dass es allein aufgrund unserer Arbeit in der Koalition zu dieser äußerst günstigen Entwicklung gekommen ist. Aber unbeteiligt waren wir daran auch nicht gerade:

Sparbemühungen

Seit dem Haushalt 2010 wurden steigende Einsparziele bei den Sachaufwendungen formuliert und gegen den Widerstand der Oppositionsparteien - und anfangs auch der Verwaltung – in den Haushaltsplänen umgesetzt. In den letzten Haushaltsreden habe ich jeweils den Stand der Sparbemühungen mit unseren Zielen aus dem Koalitionsvertrag und dem HFA-Beschluss von 2009 verglichen und konnte zumindest mit den von der Koalition durchgesetzten Nachbesserungen die Einhaltung dieses Beschlusses feststellen. Das waren immerhin ansteigende Einsparungen gegenüber dem Referenzhaushalt 2009 bis hin zu knapp 1,5 Mio € im Haushaltsplan des vergangenen Jahres. In diesem Jahr hätten nach unserer Vereinbarung 2 Mio € eingespart werden müssen. Dieses Ziel ist um etwa $\frac{3}{4}$ -Mio. € verfehlt worden. Wegen des gelungenen Haushaltsausgleichs in den Planungen des Jahres 2013 kann man aber guten Gewissens dieses Mal auf die vollständige Einhaltung des Sparziels verzichten und höhere Sachausgaben tätigen, die überwiegend der Instandhaltung des städtischen Vermögens zu Gute kommen.

Darüber hinaus haben aber nach unserer Einschätzung die sparsame und kluge Haushaltsführung unserer Verwaltung, das gute wirtschaftliche Umfeld, die höheren Steuereinnahmen und - in diesem Jahr besonders - die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen ganz erheblich zu der positiven Entwicklung beigetragen.

Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, dass es besonders den Bemühungen einzelner Fachleute der beiden Fraktionen von FDP und CDU zu verdanken ist, dass die Ausweisung der Schulden für das heimgefallene Hallenbad unsere Ausgleichsrücklage nicht vollständig aufgezehrt hat und dieser haushaltspolitische Notgroschen uns für die kommenden Jahre in voller Höhe erhalten geblieben ist. Dafür nochmals Dank und Anerkennung!

Nachhaltigkeit

Trotz aller Zufriedenheit über das Erreichte muss gerade in solchen Augenblicken das Zahlenwerk daraufhin hinterfragt werden, ob es sich bei dem Haushaltsausgleich tatsächlich um eine nachhaltige Entwicklung handelt, die es erlaubt, Sparziele zu lockern und vielleicht sogar lang gehegte Wünsche zur Stadtentwicklung umzusetzen oder die Wirtschaft und Bürgerschaft von den drückenden Steuerlasten zu entlasten.

Mit dieser Frage haben wir uns in der Fraktion intensiv beschäftigt und kommen bei Würdigung aller Daten und Fakten, so wie sie sich in diesem Haushaltsplan zeigen, zu dem Schluss: Ja, in diesem Jahr können wir tatsächlich die deutlich gestiegenen Instandhaltungsaufwendungen verkraften und die

eine oder andere Immobilie wird es uns danken, dass etwas mehr Geld für dringend notwendige Reparaturen zur Verfügung steht. Die Umgestaltung der Borg und die Wiederherstellung von Schloss Westerholt sind weitere Maßnahmen, die wir uns aufgrund der Finanzlage leisten können. Aber die Gunstfaktoren dieses Jahres, insbesondere der hohe Zulauf aus Grundstücksverkäufen, können in den Folgejahren bei seriöser Planung nicht einkalkuliert werden.

Das bedeutet, die Sparziele aus den vergangenen Jahren müssen nicht nach unten korrigiert werden, sie müssen sogar im nächsten Jahr wieder verstärkt in den Blick genommen werden. Die großen Aufgaben für die nähere Zukunft wie Hallenbadsanierung, Leistungssporthalle, Netzübernahme und Schulentwicklung können nur bei solider Gegenfinanzierung bewältigt werden. Auf jeden Fall gibt es keine Mittel für ein wahlpolitisches Wunschkonzert und somit – aus unserer Sicht leider – vorerst auch keine Möglichkeit, die Grund- und Gewerbesteuererhöhungen der vergangenen Jahre zumindest in Teilen rückgängig zu machen.

Baugebiete

Wir begrüßen die in diesem Haushalt ausgewiesenen Investitionen und insbesondere die Tatsache, dass diese ohne neue Schulden finanziert werden können. Keine neue Schulden und Schuldenabbau sind das haushaltspolitische Credo bei der Entscheidung über die Investitionen und ihren Gesamtumfang. Die Entwurfsvorgaben der Verwaltung haben diesen Grundsatz berücksichtigt und daher wollen wir die notwendigen Mittel für die aus unserer Sicht notwendige Erneuerung des Marktplatzes durch Streichung oder Streckung anderer Vorhaben generieren. Dadurch werden unsere haushaltspolitischen Grundsätze durch Beibehaltung des Investitionsvolumens nicht aufgegeben, wir setzen aber Prioritäten orientiert an unserem kommunalpolitischen Ziel der Stärkung der Innenstadt.

Wie schon erwähnt, tragen überwiegend die Grundstücksverkäufe zu der erfreulichen Momentaufnahme des Haushaltsausgleichs bei. Durch sie werden über 5 Mio. € Liquidität zur Verfügung gestellt und in der Ertragsrechnung ein Überschuss von über 3 Mio. €.

Grundstücksverkäufe können aber nur dann diesen Beitrag leisten, wenn es eine kluge Bodenvorratspolitik und Bau- und Gewerbegebiete gibt, in denen diese Käufe getätigt werden können. Wir begrüßen die bedarfsorientierte Ausweisung neuer Baugebiete. Nur dadurch können sich viele junge Familien überhaupt den Wunsch nach den eigenen vier Wänden erlauben. Die von Seiten der Grünen formulierte Kritik an der Ausweisung neuer Baugebiete wie jüngst „Höckenkamp“ können wir daher nicht nachvollziehen. Nach unserer

Auffassung müssen - natürlich orientiert am Bedarf – neue Baugebiete einen Beitrag dazu leisten, dass Bauen und Eigentumserwerb bezahlbar bleibt und das gelingt nicht, wenn man das Angebot kurz hält.

Darüber hinaus treten wir dafür ein, dass in den Bebauungsplänen die Gestaltungsfreiheit der Bauherren (und –damen) nicht unangemessen eingeschränkt wird. Es ist häufig ein schmaler Grat zwischen städtebaulich notwendigen Gestaltungsrichtlinien und einer Regulierungswut, die zur Uniformität führt.

Unsere Devise lautet auch hier: Im Zweifel für die Freiheit!

Schulpolitik

Schaut man sich über den aktuellen Haushalt hinaus die Planungen für die kommenden Jahre an, so stellt man fest, dass im Haushaltsentwurf durchaus die besonderen Gunstfaktoren bei den Grundstücksverkäufen in diesem Jahr gesehen werden. Die Gegensteuerung auf der Ausgabenseite soll durch eine drastische Reduzierung der Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und für Schulträgeraufgaben in den kommenden Jahren erfolgen.

Dass gerade in letztgenanntem Bereich trotz Wegfall eines Jahrgangs an den Gymnasien eine derart starke Ausgabenreduzierung möglich wird, kann man sicherlich mit einigen Fragezeichen versehen. Der Schulentwicklungsprozess, der gerade wieder durch die Einrichtung der Arbeitsgruppe in den Fokus gerückt wurde und vor allen Dingen der sich beschleunigende Inklusionsprozess, wird nach unserer Einschätzung eher zu höheren Ausgaben führen.

Bedeutender als die Ausgabenseite ist aber in diesem Zusammenhang die inhaltliche Seite des Prozesses. Ich will an dieser Stelle nicht die Diskussion der vergangenen Monate neu aufrollen. Insgesamt sehe ich, dass nach zähem Beginn vor zwei Jahren ein lebhafter demokratischer Diskurs stattgefunden hat, aus dem der Elternwille gestärkt hervorgegangen ist.

Die Schulentwicklungsgruppe muss ein Problem lösen. Obwohl nach unserer festen Überzeugung in allen weiterführenden Schulen gute Arbeit für unsere Kinder geleistet wird, leidet die Hauptschule trotz ihres erfolgreichen Engagements unter geringen Anmeldezahlen, die sie selbst am wenigsten zu verantworten hat. Im Zusammenspiel aller relevanten Kräfte, Schulträger, Schulpflegschaften, Lehrerschaft und Schulleitungen aller Schulen und Politik muss auf mittlere Sicht eben dieses Problem in einem offenen Prozess gelöst werden.

Offen heißt für uns, dass wir als Verfechter des gegliederten Schulsystems auch für andere Lösungen offen sind, die zwar nicht unserer Idealvorstellung entsprechen, aber aufgrund des Elternwillens und der demografischen Ent-

wicklung für Lüdinghausen und seine Kinder und Jugendlichen besser geeignet sind. Wir achten aber darauf, dass auch von den anderen Teilnehmern des Arbeitskreises diese Kriterien beachtet und nicht mit ideologischen Argumenten die Bedürfnisse unserer Schulkinder und unseres Schulstandorts übergangen werden.

Der eben schon angesprochene Inklusionsprozess hat eine ethisch-moralische Rechtfertigung und ist eine Folge der UN-Konvention. Was dem jetzt im Landtag vorliegenden Referentenentwurf zu entnehmen ist, stellt jedoch nicht weniger als die Zerschlagung der Systems der Förderschulen zumindest im ländlichen Raum dar. Stattdessen bekommen die Kinder mit Behinderungen einen Rechtsanspruch auf Zugang zum regulären Schulsystem, welches aber überwiegend nicht in der Lage ist, diese Erziehungs- und Bildungsarbeit zu übernehmen. Die zu erwartende personelle Hilfe für die Schulen kann nicht die Leistung erbringen, die in den Förderschulen möglich ist und der zusätzliche Sachaufwand wird manche Stadt überfordern. Wir befürchten, dass die Leidtragenden dieser Entwicklung die Kinder sind, denen man an sich Gutes tun will.

Schluss

Meine Damen und Herren,
Haushaltsdebatten befassen sich nicht nur mit den reinen Haushaltszahlen. Sie sind Gelegenheit, orientiert am Plan auf allgemeine kommunalpolitische Themen einzugehen. Sie sind aber auch Gelegenheit, denen öffentlich Dank und Anerkennung auszusprechen, die dieses Zahlenwerk geschaffen haben und in dessen Rahmen sie tagtäglich arbeiten.

Wir danken Ihnen Herr Borgmann, Frau Karasch, Herr Tuschmann und allen Ihren Mitarbeitern in der Verwaltung für Ihre tägliche Arbeit zum Wohle unserer Stadt. Wir wissen, dass Sie mit einer kleinen aber schlagkräftigen Mannschaft auch in Zukunft das Beste für Lüdinghausen bewirken und dass Ihnen dabei viele Bürger im Ehrenamt zur Seite stehen.

Die FDP wird dem Haushalt 2013 mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen.